

Uni-Streit um Containerdorf: FU Berlin lehnt Flüchtlinge ab

Bröckelt die woke Fassade in Berlin? Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände - Lesen Sie hier, warum die Freie Universität für Schlagzeilen sorgt.

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das derzeit als Parkplatz genutzt wird, steht im Mittelpunkt von Kontroversen. Der Senat plant den Bau eines Containerdorfs für 260 Flüchtlinge auf dieser Fläche, was auf Widerstand stößt, insbesondere an der Freien Universität. Die Universität beabsichtigt dort eigentlich den Bau eines Gebäudes für Lehre und Forschung. Die Flüchtlingskoordinatorin Berlins, Albrecht Broemme, informierte die Kanzlerin der FU, dass er vorübergehend Flüchtlinge dort unterbringen möchte, was jedoch auf Ablehnung stieß.

Die Hochschulleitung der FU zeigte sich überrascht von den Senatsplänen und betonte, dass sie nicht zugestimmt habe. Die Universität erklärte, dass sie grundsätzlich bereit sei, geflüchtete Menschen zu unterstützen, jedoch sei das Unigelände ab 2023 für eigene Bauprojekte dringend benötigt. Während die Uni auf die begrenzten Möglichkeiten und den Sanierungsbedarf hinwies, schlug sie eine Alternative in Form leerstehender Gebäude in der Nähe vor, die bereits früher für die Unterbringung von Geflüchteten genutzt wurden.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Albrecht Broemme, verteidigte das Vorhaben, Flüchtlinge auf dem Universitätsgelände unterzubringen. Er betonte, dass die Uni sich zur Unterbringung bereiterklärt habe, solange das

Gelände ungenutzt bleibt. Die Senatsentscheidung, Ende März 16 weitere Containerdörfer zu errichten, wurde aufgrund des akuten Mangels an Wohnraum für Flüchtlinge getroffen. Trotz der geplanten Standorte in verschiedenen Bezirken Berlins gibt es weiterhin Bedarf an zusätzlichen Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de